



Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

Flüchtlinge: Menschen wie wir... und Arbeiter wie wir

Es ist beeindruckend, wie viele Menschen seit Wochen den Flüchtlingen helfen, wie viele Nahrung, Spielzeug und Geld schicken, ihnen Unterkunft geben, bei Behörden helfen. Obwohl seit Jahren in den Medien gegen Migranten und Flüchtlinge gehetzt wurde, zeigen sie die selbstverständliche Solidarität, Menschen in Elend und Not einfach zu helfen. Und man kann nur hoffen, dass diese Welle der Solidarität auch das zukünftige Verhältnis zu den Flüchtlingen beeinflussen wird.

Die Flüchtlinge haben Monate und Jahre einer grausamen Irrfahrt hinter sich. Überall sind sie auf verschlossene Grenzen, auf Polizei und Armee gestoßen. Skrupellose Schleuser, lebensgefährliche Fahrten in überfüllten Booten oder Containern waren ihre einzige Möglichkeit, durch die Festungsmauern Europas zu dringen. Wie viele haben bei dem Versuch ihr Leben verloren! Wie viele weitere sitzen hungrig in Kroatien, Libanon oder Libyen fest!

Auch die deutsche Regierung hat die Flüchtlinge nicht aufgenommen, weil sie auf einmal ein Herz für die Armen und Ausgebeuteten entdeckt hätte. Sondern weil ein Teil es trotz aller Mauern geschafft hat, sich bis hier durchzukämpfen... und die Regierung irgendetwas tun musste.

Doch auch sie ist damit beschäftigt, noch mehr Hindernisse für die Flüchtlinge zu schaffen, das Asylrecht zu verschärfen und vor allem alle, die nicht direkt vor Bürgerkrieg geflohen sind, sofort wieder aus dem Land zu werfen.

Die Regierung behauptet, das seien gar keine wahren Flüchtlinge, sondern „Wirtschaftsflüchtlinge“, die einfach nur ein angenehmeres Leben führen wollten. Als ob es kein Grund zur Flucht wäre, wenn man Hunger hat, wenn man

die Medikamente für sein Kind oder das Trinkwasser nicht bezahlen kann! Nein, niemand verlässt freiwillig seine Familie und nimmt leichtfertig die Monate und Jahre einer so lebensgefährlichen Flucht auf sich. Alle kommen, weil sie verzweifelt sind, weil sie in Westeuropa ihre einzige Hoffnung auf Leben sehen.

Die westeuropäischen Staaten und die USA tragen eine große Verantwortung für diese ausweglose Lage in vielen Ländern. Sie haben nicht nur viele dieser Länder als Kolonien ausgebeutet. Sie haben auch die meisten der heutigen Kriege geschürt, haben die Waffen für sie geliefert oder sie gleich selbst geführt. Ihre Banken und Konzerne haben mit ihrer skrupellosen Profitgier ganze Kontinente ausgeblutet und verelendet.

Die imperialistischen Staaten tun alles, um sich vor den Folgen ihrer zerstörerischen Politik abzuschotten. Doch keine noch so mörderische Grenzmauer, keine noch so brutale Abschiebepolitik wird die Verzweifelten davon abhalten, ihre Flucht zu versuchen.

Welche Interessen haben wir Arbeitenden in alledem? Sicher nicht, uns gegen die Flüchtlinge zu stellen. Nicht nur, weil jeder Arbeiter morgen der nächste sein kann, der auf der Suche nach Sicherheit und Arbeit in ein anderes Land ziehen muss. Wie vielen unserer Eltern oder Großeltern ist es so ergangen?

Es geht um mehr. Viele der Flüchtlinge werden Arbeiter, sie werden unsere zukünftigen Kollegen und Kampfgenossen sein. Sich heute nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen, ist die Grundlage für den Zusammenhalt der Arbeiter im Betrieb. Und nur der macht uns gegen die Kapitalisten stark.

Viele fragen sich: Wie sollen wir hunderttausende Flüchtlinge würdig aufnehmen, wie sollen sie sich eine Existenz aufbauen, wo wir doch jetzt schon Millionen Arbeitslose und Arme haben?

Doch Arbeitslosigkeit und Einwohnerzahl haben nichts miteinander zu tun. Auch als kaum Migranten kamen, ist die Arbeitslosigkeit massiv gestiegen. Das Problem sind nicht die Flüchtlinge, sondern die Konzerne wie Siemens, Opel oder die Deutsche Bank, die aus Profitinteresse Betriebe geschlossen und massenhaft Stellen abgebaut haben.

Und auch Kommunen und Staat haben nicht auf die Flüchtlinge gewartet, um in Krankenhäusern zu sparen, Schulen zu schließen oder bei der Rente zu kürzen, um das Geld stattdessen den Banken und Reichsten in den Rachen zu werfen.

Nein, Arbeitslosigkeit und leere Kassen haben nichts damit zu tun, wie viele Einwohner es gibt. Sie sind einzig die Folge des Kampfes, den die kapitalistische Klasse gegen die Arbeiter führt. Wie viele Arbeiter könnten allein von den 15 Millionen Euro Gehalt leben, die der oberste VW-Manager jedes Jahr bekommt? Wir haben 123 Milliarden in Deutschland: Ein kleiner Teil ihres Vermögens würde genügen, um ausreichend Arbeitsplätze für alle zu schaffen!

Nein, für die reichsten Länder wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien ist es kein Problem, ein paar hunderttausend, ja auch ein paar Millionen Menschen aufzunehmen. Unsere Zukunft hängt von etwas anderem ab: Davon, dass wir uns gegen die wahren Ursachen unserer Ausbeutung wenden. Wir müssen die Scheinlogik, wir könnten „nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen“ zurückweisen und stattdessen verkünden, dass „wir alle nicht mehr für die reichen Kapitalisten bluten wollen“.

Börsenkrach in China: Der Kapitalismus ist weltweit am Ende

Wie viele Jahre hat man uns China als Muster dafür vorgeführt, dass sich ein armes Land im Kapitalismus zu einem reichen Land „hocharbeiten“ kann! Dass die kapitalistische Wirtschaft doch für alle eine Zukunft bieten kann.

Viele dieser Illusionen haben sich in den letzten Monaten in Luft aufgelöst. Das Wirtschaftswachstum geht bedeutend zurück. Und seit dem Sommer erschüttert ein Börsenkrach die Banken und die Wirtschaft Chinas, der die Börsen der ganzen Welt erzittern lässt.

Die chinesische Regierung hat in den letzten Wochen mehrere hundert Milliarden Dollar ausgegeben, um die Banken zu stabilisieren und den Absturz der Börsenkurse aufzuhalten. Doch es ist nicht sicher, wie erfolgreich dieser Versuch ist. Denn der Börsenkrach ist nur ein Teil der Krise in China, die ihrerseits eine Folge der weltweiten wirtschaftlichen Krise ist.

Weltweit verwenden Unternehmen und Reiche ihr Kapital kaum noch dazu, Fabriken zu bauen und Güter zu produzieren. Angesichts der weltweiten Krise ist ihnen das zu mühsam und zu unsicher. Sie spekulieren mit ihrem Geld lieber an der Börse. Und Aktien chinesischer Firmen zu kaufen, erschien ihnen dabei in den letzten Jahren vielversprechend, weil die chinesische Wirtschaft so ein großes Wachstum hatte.

Auch die chinesische Mittelschicht begann, ihr Ersparnis in Aktien chinesischer Firmen anzulegen. Und je mehr Aktien gekauft wurden, desto höher stieg ihr Börsenkurs, und desto mehr Leute kauften die Aktien. Zwischen Juni 2014 und Juni 2015 stiegen die Kurse um 150%, was rein gar nichts mehr mit der realen Wirtschaftsleistung der Firmen zu tun hatte. Es entstand eine große Blase, die irgendwann platzen musste. Und sie platzte, als deutlich wurde, dass das Wirtschaftswachstum – auf dem ja die gesamte Spekulation beruhte – deutlich nachließ.

Dass das Wirtschaftswachstum nachlässt, konnte man schon seit mehreren Jahren kommen sehen. Nur diejenigen,

die um jeden Preis im Kapitalismus eine Zukunftsperspektive sehen wollen, konnten glauben, dass das chinesische Wachstum dauerhaft weitergehen würde. In Wahrheit waren dem „chinesischen Wirtschaftswunder“ von Anfang an enge Grenzen gesetzt.

Zum einen lebt ein bedeutender Teil der chinesischen Wirtschaft vom Export und ist damit von der Weltwirtschaft abhängig. Die aber steckt seit Jahren in der Krise.



Eine neugebaute Stadt, in der niemand wohnt — ein Beispiel des künstlichen Wirtschaftsaufschwungs

Zum anderen wurde Chinas Wirtschaft in großem Maß durch öffentliche Konjunkturprogramme angekurbelt. Der Staat und die Regionen haben sich vollkommen verschuldet, um Häuser, Züge, Fabriken oder Einkaufszentren zu bauen. Zahlreiche Industriezweige waren über Jahre mit diesen staatlichen Aufträgen ausgelastet.

Doch wie wir es auch in den USA und in Europa erlebt haben: Auch diese Konjunkturprogramme kommen an ihre Grenzen, wenn ein Teil der neugebauten Häuser sich nicht verkaufen lässt, die Einkaufszentren keinen Gewinn machen, die Fabriken einen Teil ihrer Waren nicht verkaufen können. So endeten viele dieser Konjunkturprogramme und der wirtschaftliche Aufschwung ging zwangsläufig zurück.

Heute wird viel darüber spekuliert, welche Folgen dies für die Weltwirtschaft haben wird. Ob der Rückgang in China weltweit einen neuen Wirtschaftsrückgang einläuten wird. Niemand kann dies voraussagen.

Sicher allerdings ist, dass er bedeutende Auswirkungen für die Arbeitenden

in China haben wird. Er wird Fabrikschließungen, Massenentlassungen und neue Armut hervorrufen.

Ganz zu schweigen davon, dass der jetzige Börsenkrach diese Entwicklung dramatisch beschleunigen könnte. Denn in ihm haben Millionen Menschen der chinesischen Mittelschichten ihr Ersparnis verloren, ein Teil ist ruiniert. Ihr jahrelanger sozialer Aufstieg hat sich in wenigen Wochen in Luft aufgelöst.

Und Wirtschaftszweige wie die deutschen Autokonzerne haben bereits angekündigt, dass sie entsprechend weniger Verkäufe und Gewinne in China erwarten... und dann auch entlassen werden, vor allem in den chinesischen Werken.

Das ist nicht alles. Denn die Bevölkerung wird auch für die hunderte Milliarden Dollar bezahlen müssen, die der Staat zur Rettung der Banken und der Börse ausgegeben

hat. Die Finanz wird dafür sorgen, dass der Staat sich dieses Geld rücksichtslos bei der einfachen Bevölkerung zurückholt. Das können wir vor unserer eigenen Haustür, in Griechenland oder Spanien beobachten.

Mit China ist der Mythos endgültig zerbrochen, dass die kapitalistische Wirtschaft noch in der Lage sei, dynamisch Länder zu entwickeln, Industriestaaten aufzubauen. Die Wirtschaft in China ist genauso kaputt wie überall. Es ist eine weltweite, parasitär gewordene Wirtschaftsordnung, die sich nur noch durch ständige Finanzhilfen der Staaten über Wasser hält, während die Kapitalisten ihre Gewinne lieber in das große Kasino der Börse tragen... ganz gleich, welche Katastrophen, welchen Rückschritt und Ruin sie damit über die Menschheit bringen.

Die einzige Chance, aus dieser Fäulnis und diesem Wahnsinn heraus zu kommen, ist das kapitalistische Gesellschaftssystem zu stürzen. Erst dann kann es für die Menschheit wieder Fortschritt und Entwicklung geben.

Streik: Eine „verbotene Einmischung in die Unternehmerfreiheit“?

Das Landesarbeitsgericht Hessen hat den Lufthansa-Piloten am 8. September verboten zu streiken. Dieses Verbot betrifft nicht nur die Piloten, es richtet sich an alle Arbeitenden.

Denn die Begründung war: Die Piloten dürften nicht dagegen streiken, dass die Lufthansa eine neue Billigfluggesellschaft aufbaut, in der alle Beschäftigten deutlich schlechtere Löhne bekommen sollen. Das wäre, sagt das Gericht, eine unerlaubte Einmischung in die „Unternehmerfreiheit“.

Ja, Konzerne haben die Freiheit, Tochterfirmen mit schlechteren Löhnen und Arbeitszeiten zu gründen. Sie haben die Freiheit, mit diesen schlechteren Bedingungen alle anderen Arbeitenden unter Druck zu setzen. Doch die Arbeitenden haben nicht die Freiheit, sich gegen diese Angriffe zu wehren!?

Die Piloten-Gewerkschaft Cockpit kannte dieses unternehmerfreundliche Streikrecht in Deutschland. Deshalb hatte sie offiziell aus einem anderen, gesetzlich erlaubten Grund gestreikt. So haben es bislang alle Gewerkschaften gemacht. Auch bei der Post zum Bei-

spiel durfte Ver.di nicht gegen die Gründung der Tochterfirma streiken, in der Paketboten 20% weniger Lohn bekommen, und musste offiziell für etwas anderes zum Streik aufrufen. Das war bislang problemlos möglich.



Streik gegen die Niedriglohn-Tochter der Post: Werden solche Streiks bald verboten?

Diesmal aber hat das Arbeitsgericht erklärt: „Die Piloten streiken zwar offiziell für den Erhalt ihrer Betriebsrenten. Doch in Wahrheit streiken sie auch gegen den Aufbau der Billigfluggesellschaft. Und deshalb verbieten wir den Streik.“

Damit hat das Gericht den Gewerkschaften die einzige Möglichkeit genommen, legal gegen solche Angriffe auf die Arbeitenden zu streiken. Und

prompt hat die Lufthansa angekündigt, Cockpit nun für diesen „illegalen Streik“ auf Schadensersatz zu verklagen.

Dieses Gerichtsurteil ist eine Botschaft an alle Gewerkschaften, insbesondere an Ver.di, die in den letzten Jahren häufiger solche Streiks geführt hat. Sie sollen aus Sorge, „illegal“ zu streiken und Millionen an Schadensersatz zahlen zu müssen, noch seltener, noch zögerlicher als bisher zum Streik aufrufen... damit die Unternehmer in völliger Ruhe die Arbeitsbedingungen von uns allen verschlechtern können.

Das darf nicht passieren! Der Streik ist das einzige wirksame Mittel, das wir Arbeitenden haben, um uns gegen die Unternehmer und Regierung, gegen ihre Angriffe und ihre Willkür zur Wehr zu setzen. Wir dürfen uns daher nicht von unseren Gegnern vorschreiben lassen, ob und wann wir diese Waffe einsetzen.

Wir müssen uns wieder daran gewöhnen, zu streiken, auch wenn Gesetz und Justiz es uns verbieten. Das haben die Arbeiter in Deutschland früher immer getan – und machen es in vielen Ländern der Welt auch heute.

Diese Renten sind sicher

Die Manager der DAX-Konzerne bekommen nicht nur jedes Jahr Millionen Euro an Gehalt. Sie bekommen auch noch entsprechende Betriebsrenten. Wer ein paar Jahre lang als Manager für Daimler gearbeitet hat, bekommt dafür vom Konzern eine garantierte Rente bis zum Lebensende in Höhe von 4 Millionen Euro. Bei BASF sind es immerhin noch 1,8 Millionen, 1,2 Millionen bei Bayer, bei Henkel...

Dieselben Konzerne erzählen ihren Arbeitern ständig, dass sie es sich trotz Rekordprofiten nicht leisten könnten, die Löhne ernsthaft zu erhöhen oder unbefristet einzustellen, weil man ja nicht wisse, „wie morgen die wirtschaftliche Lage aussieht“. Aber dass sie in den nächsten Jahrzehnten noch jedes Jahr Millionen für die Renten von ein paar Top-Managern übrig haben, da sind sie sich jetzt schon sicher. Gut zu wissen.

Die falschen Helfer

Angeblich wollen jetzt auch die Kapitalisten dabei helfen, dass die Flüchtlinge ein Dach über den Kopf und Arbeit bekommen. Wie ihre Hilfe aussieht?

Unternehmen verkaufen zu Höchstpreisen Container. Immobilienfirmen vermieten den Kommunen „großzügig“ heruntergekommene Wohnungen und Büroräume, um die Flüchtlinge unterzubringen – mit Mietverträgen zum Teil über 20 Jahre und für Quadratmeterpreise, die man normalerweise nur in den schicken Wohnvierteln bezahlt. Und statt die Gebäude dieser Immobilienhaie wegen Wucher zu beschlagnahmen, zahlt der Staat ihnen brav das Geld.

Auch die Wirtschaftsbosse wollen auf ähnliche Weise „helfen“. Die Metallbetriebe würden ja gerne Flüchtlinge einstellen, so der Arbeitgeberpräsident der Metall-Industrie Kirchhoff, aber nur... wenn man für sie den Tarifvertrag außer Kraft setzen würde. Ja, andere Sprecher der Unternehmen verlangen gleich, dass sie – wenn sie Flüchtlingen einstellen – diesen weniger als die 8,50 Euro Mindestlohn zahlen dürfen.

Zehntausende einfache Menschen, Rentner, Arbeitende, Studenten helfen seit Wochen, um die Not der Flüchtlinge zu lindern und ihnen zu helfen, in Deutschland Fuß zu fassen – und zwar ohne dafür irgendeine Gegenleistung zu erwarten. Die Kapitalisten aber bleiben, was sie sind: Ausbeuter, die von Solidarität und Verantwortung reden mit dem wahren Ziel, noch aus der Not der Ärmsten Profit zu schlagen.

Entlassungen verbieten statt Renten kürzen

Nun hat auch das Bundessozialgericht zugestimmt: Wer mit 63 Jahren arbeitslos ist, den darf das Arbeitsamt zwangsweise in Frührente schicken, auch wenn er dadurch 50 oder gar 100 Euro seiner Rente verliert!

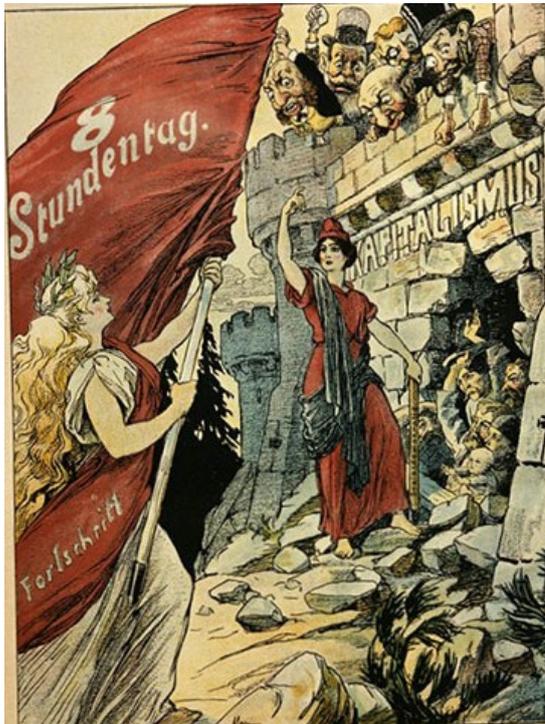
Diejenigen, die sonst vielleicht 900 Euro Rente gehabt hätten, haben dann nur noch 830 Euro: Metallarbeiter, Altenpflegerinnen oder Maurer zum Beispiel, die jahrzehntelang geschuftet haben und dann mit 50 oder 60 Jahren von den Betrieben entlassen werden – meist, weil die Arbeit ihre Gesundheit zerstört hat.

Statt den Betrieben zu verbieten, ältere Arbeiter in die Arbeitslosigkeit zu schicken, nachdem man sie 30 oder 40 Jahre lang ausgebeutet hat, bestraft die Regierung die Opfer.

Unser Feierabend gehört uns

Der „Bund Deutscher Arbeitgeber“ hat einen neuen Angriff auf die Arbeitszeit gestartet. Die vielen Ausnahmeregelungen reichen ihm nicht mehr. Er will die Regelarbeitszeit von 8 Stunden und die Höchstarbeitszeit von 10 Stunden am Tag ganz abschaffen.

Viele Betriebe halten sich heute schon nicht an das Gesetz. In vielen, gerade kleineren Betrieben erfahren die Arbeiter spontan, dass sie an dem Tag oder auch mehrere Tage lang 12 Stunden arbeiten müssen. Diese illegalen Arbeitszeiten sollen jetzt legal werden, verlangen die Bosse. Damit sie die Arbeiter überall, auch in den Großbetrieben, 12 oder 14 Stunden an einem Tag ausbeuten können, wenn sie es gerade brauchen.



1895: Plakat der Arbeiterbewegung

Die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf 10, später auf 8 Stunden am Tag war einer der größten Kämpfe der Arbeiterbewegung weltweit. Mit zahlreichen Streiks, harten Kämpfen und zeitweisen Niederlagen haben die Arbeiter am Ende diese Höchstgrenzen durchgesetzt, um die grenzenlose Ausbeutung durch die profithungrigen Kapitalisten zumindest etwas zu begrenzen.

Und um durchzusetzen, dass ein Teil des Tages dem Arbeiter selber gehört. Zeit, über die er selber bestimmen kann.

Zeit für Geselligkeit, Kultur, Sport und Politik. Zeit um zu lesen, zu lernen und sich in die Gesellschaft einzumischen.

Heute nutzen es die Herrschenden aus, dass die Arbeiter sich schwach und ohnmächtig fühlen, um Stück für Stück zu den guten alten Zeiten der schrankenlosen Ausbeutung zurückzukehren. Bis zu dem Tag, an dem auch die Arbeitenden zu ihren Traditionen der Kämpfe zurückkehren – dem einzigen Weg, wie sich das Kräfteverhältnis für die Arbeiter wieder ändern kann.

Befristung ist nicht „normal“, sondern Ausbeutung

Über 70 Prozent der Arbeitenden, die in einem Großbetrieb anfangen, werden mittlerweile befristet eingestellt.

Dabei ist gerade in Großbetrieben immer genug Arbeit und auch Geld für schlechte Zeiten vorhanden. Gerade Großbetriebe könnten immer und ohne Probleme alle Arbeitenden unbefristet einstellen und beschäftigen. Doch die Konzerne stellen trotzdem befristet ein – weil sie dadurch die Arbeitenden noch besser ausbeuten können.

Die Regierungen haben ihnen dafür extra die Gesetze geändert. Bis 1985 nämlich waren befristete Arbeitsverträge mit wenigen Ausnahmen verboten. Doch in den Jahren darauf haben sie diese Einschränkungen für die Unternehmen abgeschafft. Heute dürfen sie jeden Arbeiter zwei Jahre lang grundlos befristen, und mit einer „Begründung“ (zum Beispiel Krankenvertretung) sogar zehn Jahre und mehr!

Dank dieser geänderten Gesetze können die Bosse heute noch einfacher entlassen. Sie brauchen nur den befristeten Vertrag auslaufen zu lassen. Und sie haben ein weiteres Druckmittel erhalten: Mit ihrer Sorge um die Verlängerung oder Entfristung ihres Vertrags können sie die Befristeten erpressen. Klar, dass alle Großbetriebe die Befristung in vollen Zügen ausnutzen. Ja, mittlerweile tun sie so, als wäre es vollkommen normal und selbstverständlich, befristet einzustellen, und gar nicht anders möglich.

Umso notwendiger ist es, dass die arbeitende Klasse wieder anfängt deutlich zu machen, was für sie normal ist. Nämlich, dass die Arbeitenden das Recht auf eine sichere Lebensgrundlage haben.

Sie sind es schließlich, die in den Betrieben und der Gesellschaft alle wichtigen Arbeitenden machen. Sie werden unbefristet gebraucht – anders als die Aktionäre, Manager und ihre Politiker.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0157 – 76493485

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org